



**2020/2131(INI)**

13.10.2020

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Verkehr und Tourismus

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu einer neuen Strategie für europäische KMU  
(2020/2131(INI))

Verfasser der Stellungnahme: João Ferreira

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups im Verkehrssektor und in der Tourismusbranche aufgrund der umgesetzten Maßnahmen zur Mobilitätseinschränkung, der Gesundheitsprotokolle für Betriebe des Gastgewerbes und des daraus resultierenden Einbruchs der Nachfrage nach Personenverkehr zu den am stärksten vom COVID-19-Ausbruch betroffenen Unternehmen gehören, wobei eine hohe Anzahl dieser Unternehmen am Rande der Insolvenz steht; in der Erwägung, dass die aktuelle Lage ferner eine Berechtigung für eine europäische Tourismuspolitik, die durch eine Haushaltlinie im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens unterstützt wird, und für innovative Sofortmaßnahmen liefert, die den Verkehr in den Mittelpunkt einer raschen Wiederbelebung für die wirtschaftliche Erholung rücken; in der Erwägung, dass der Verkehr und der Tourismus zu den Branchen gehören, die sich auf den Zustand der Umwelt auswirken; in der Erwägung, dass KMU und Start-up-Unternehmen eine entscheidende Rolle bei dem Übergang zu einem nachhaltigen Verkehr und Tourismus spielen;
- B. in der Erwägung, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowohl auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene der EU angesichts ihrer Größe und der sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche, die sie abdecken, gleichzeitig sehr komplex und heterogen sind, und zwar jedes mit seiner eigenen – und zuweilen sehr unterschiedlichen – Dynamik, insbesondere der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und sogar politischen Dynamik, die die Unternehmen kennzeichnet; in der Erwägung, dass für KMU in der Verkehrs- und Tourismusbranche faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen aufrechterhalten werden sollten;
- C. in der Erwägung, dass die Zahl der KMU, die in den Bereichen Verkehr und Tourismus tätig sind, auf eine Million bzw. zwei Millionen gestiegen ist und dass sie unmittelbar für die Schaffung von insgesamt mehr als 16 Millionen Arbeitsplätzen verantwortlich zeichnen; in der Erwägung, dass KMU die überwiegende Mehrheit der Unternehmen im Verkehrssektor ausmachen und somit über das größte Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts verfügen;
- D. in der Erwägung, dass der Verkehrssektor für die Entwicklung der Mitgliedstaaten und der EU, für ihren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, für das Funktionieren ihrer Volkswirtschaft und für die Mobilität ihrer Bevölkerung von strategischer Bedeutung ist; in der Erwägung, dass KMU in diesen Branchen mit mehreren betriebstechnischen Einschränkungen konfrontiert sind, die unter anderem von Mautgebühren bis hin zu einem Mangel an unterstützender Infrastruktur reichen; in der Erwägung, dass es wichtig wäre, den Bürokratieabbau für Kleinstunternehmen und KMU sicherzustellen und die Umsetzung aller neuen Rechtsvorschriften der EU zu bewerten, die negative Auswirkungen auf den Verkehrsbinnenmarkt haben oder dort unverhältnismäßige Hindernisse für Betreiber von Kleinstunternehmen und KMU

schaffen;

- E. in der Erwägung, dass die Tourismusbranche für die Wirtschaft mehrerer Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung ist; in der Erwägung, dass diese Branche ein saisonbezogenes Profil hat und von einem gemeinsamen Ansatz und einer gemeinsamen Politik der EU profitieren könnte;
- F. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten, soweit sie dazu in der Lage sind, den KMU nach dem Ausbruch von COVID-19 die notwendige Unterstützung bereitstellen müssen, insbesondere indem sie sich die Flexibilität der Vorschriften über staatliche Beihilfen zunutze machen, ohne dabei bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen KMU aus unterschiedlichen Ländern auf dem Binnenmarkt zu verschärfen; in der Erwägung, dass die Komplexität der Verwaltungsverfahren und Überregulierung eine Belastung für KMU darstellen könnten;
- G. in der Erwägung, dass die überwältigende Mehrheit der KMU bei ihrer Finanzierung vom Bankensektor abhängig ist; in der Erwägung, dass im Bankensektor gestraffte Kundenanforderungen erforderlich sind, damit KMU leichter Zugang zu Finanzierung erhalten; in der Erwägung, dass die Wettbewerbsfähigkeit Europas trotz Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten generell hinter der Wettbewerbsfähigkeit anderer entwickelter Volkswirtschaften zurückbleibt, wodurch die Fähigkeit Europas zur Schaffung von Vermögen und Wohlstand gefährdet wird; in der Erwägung, dass die Mehrheit der KMU ihr Einkommen von und auf nationalen Märkten bezieht;
- H. in der Erwägung, dass viele KMU im Verkehrssektor, z. B. jene, die Dienstleistungen in den Bereichen aktive städtische Mobilität, Personenverkehr und Tourismus erbringen, durch eine begrenzte Anzahl marktbeherrschender digitaler Plattformen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen wurden; in der Erwägung, dass die Digitalisierung und Online-Plattformen sowohl eine große Herausforderung als auch eine Chance für europäische KMU sind und für ihren geschäftlichen Erfolg relevant sind, indem Arbeitsplätze und Wachstumschancen geschaffen werden, die betriebliche Effizienz verbessert wird, die Datensicherheit sichergestellt wird und die Verbraucher besser erreicht werden;
- I. weist darauf hin, dass die COVID-19-Krise gezeigt hat, wie wichtig die im Verkehrssektor tätigen KMU für die Wirtschaft und die Unternehmen sind, wobei die Kontinuität des Güterverkehrs von wesentlicher Bedeutung ist, um das rasche und reibungslose Funktionieren der Lieferketten für verschiedene Arten von Gütern sowie die Beförderung von Arbeitnehmern aus Schlüsselbereichen sicherzustellen; betont, dass KMU in der Tourismusbranche mit beispiellosen Schwierigkeiten konfrontiert sind, einschließlich einer ernststen Liquiditätskrise aufgrund einer unhaltbaren Cashflow- und Einnahmensituation und des Fahrgastverhaltens nach dem Ausbruch von COVID-19; fordert die Kommission auf, eine überarbeitete Strategie für europäische KMU anzunehmen, die den Auswirkungen von COVID-19, den sich ständig verändernden Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen, dem Funktionieren des Binnenmarktes und lokalen, regionalen und nationalen Bedürfnissen gerecht wird und gleichzeitig Unternehmen stärkt und fördert; erkennt den Beitrag einer neuen Industriepolitik zur Reindustrialisierung der Mitgliedstaaten an; begrüßt die Zusage der Kommission, den One-in-one-out-Grundsatz als ersten Schritt einzuführen, um die neue Regulierung zu bewältigen, weist jedoch darauf hin, dass damit lediglich der Status quo beibehalten

wird, was kein ausreichend ambitioniertes Ziel ist;

2. hebt hervor, wie wichtig die Unterstützung der Mitgliedstaaten und der EU ist, wenn es darum geht, die Zahlungsfähigkeit von in Schwierigkeiten befindlichen KMU zu unterstützen, wodurch die Fortsetzung ihrer Tätigkeit sichergestellt wird, Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, die Löhne gesichert werden und gleichzeitig die Arbeitnehmerrechte gewahrt werden; fordert eine Fahrplan für die Verringerung der Verwaltungskosten und -lasten um mindestens 30 % und fordert, ihnen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern und Investitionen in strategische Wertschöpfungsketten zu fördern; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die lokalen Gebietskörperschaften auf, das Geschäftsklima und die Wettbewerbsfähigkeit zu den obersten Prioritäten ihrer politischen Agenda zu machen; betont, dass auf EU-Ebene die Unterstützung für KMU in diesen Bereichen verstärkt werden muss; fordert die Kommission auf, konkrete Initiativen für die Erholung vorzulegen; fordert die Kommission ferner auf, die Kofinanzierung von Programmen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, Städten oder regionalen Gebietskörperschaften in Betracht zu ziehen, beispielsweise die Bereitstellung von Gutscheinen oder Ermäßigungen für Touristen mit dem Ziel, die Tourismusausgaben in kleineren, lokalen Unternehmen in vom Tourismus abhängigen Regionen zu erhöhen; fordert die Kommission auf, die Entwicklung der Lage zu beobachten und die Möglichkeit einer Notfall- und branchenspezifischen Unterstützung zusätzlich zu den bereits angekündigten Maßnahmen, auch in Bezug auf die Liquiditätslage und die Kapitalisierung, zu prüfen, bis das Niveau der Touristen- und der Verkehrsströme aus der Zeit vor der Pandemie wiederhergestellt wurde; ist der Ansicht, dass diese Unterstützung zudem auf die mittelfristige Modernisierung ihrer Tätigkeiten ausgerichtet sein und diese fördern sollte, um sie neben anderen EU-Standards wie etwa den Arbeitsbedingungen mit den jüngsten Klima- und Umweltzielen in Einklang zu bringen; fordert die Erstellung eines Aktionsplans, um das Funktionieren der Tätigkeiten im Bereich Verkehr zu gewährleisten, wobei die Reaktion auf künftige Krisen, von denen die Verkehrs- und Tourismusbranche betroffen sein könnte, im Vordergrund steht, eine Rechtssicherheit für Unternehmen und Bürger zu schaffen, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ihren Mehrwert für die Wirtschaft der EU zu berücksichtigen;
3. weist darauf hin, dass der neue Aufbauplan der EU für viele KMU, die unter den Folgen der Pandemie leiden, nicht zugänglich ist; fordert eine größere Rolle der EU in Bezug auf die Finanzierung zur Unterstützung der Zahlungsfähigkeit von KMU sowie von Arbeitsplätzen, Löhnen und Arbeitnehmerrechten und die Begrenzung der nachteiligen Auswirkungen übermäßiger Verschuldung; ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten mögliche Maßnahmen wie Steuererleichterungen, Stundung der Rückzahlung von Bankkrediten und Lösungen zur Deckung der Risiken von Dienstleistern bis zur Wiederaufnahme der Touristen- und Verkehrsströme ausloten sollten;
4. ist der Auffassung, dass die Umstellung und das reibungslose Funktionieren von KMU und Start-up-Unternehmen in den Bereichen nachhaltiger Verkehr und nachhaltiger Tourismus die Erholung und die Widerstandsfähigkeit in der Zeit nach der COVID-19-Krise fördern werden, insbesondere durch die Schaffung unbefristeter hochwertiger Arbeitsplätze und durch den Austausch und die Koordinierung bewährter Verfahren der Mitgliedstaaten; fordert, dass dieser Übergang mit den Klima- und Umweltzielen der EU in Einklang gebracht wird;

5. ist der Auffassung, dass die Ziele der „KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ nicht nur auf die Beteiligung von KMU an „wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“ ausgerichtet sein sollten, sondern auch die Möglichkeit einer Kofinanzierung lokaler oder regionaler Programme in der Politikgestaltung bei der Anwendung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ und unter umfassender Anwendung des KMU-Tests bei den Folgenabschätzungen in Betracht ziehen und ferner aufzeigen sollten, sofern politische Vorschläge möglicherweise zur Auslagerung der Produktion führen, wobei die nationale Autonomie anerkannt wird; vertritt ferner die Ansicht, dass die Ziele mittels langfristiger und wachstumsorientierter Strategien, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer KMU gefördert wird, erreicht und in vollem Umfang auf die direkte finanzielle Unterstützung und andere Mittel abgestimmt werden sollten, um die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, den Übergang der KMU zur Nachhaltigkeit und Digitalisierung zu fördern, was für die weniger entwickelten Länder und Regionen, auch für die Gebiete in äußerster Randlage, Inselgebiete und abgelegenen Regionen, im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens und insbesondere der Kohäsionspolitik von besonderer Bedeutung ist; betont nachdrücklich, wie wichtig es ist, Unterstützung für KMU für die Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte in der Branche bereitzustellen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf digitalen Kompetenzen, Vermittlung von Finanzwissen und innovativen Technologien liegen sollte, und gleichzeitig das Gefälle zu überwinden, mit dem Frauen in diesem Bereich konfrontiert sind; betont, dass für einen besseren Zugang von KMU zu öffentlichen Aufträgen gesorgt werden muss, indem die Verfahren vereinfacht werden; äußert sich besorgt über die Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierungslinien der Europäischen Investitionsbank (EIB), mit denen die meisten KMU, insbesondere diejenigen mit geringerer Kapitalausstattung, konfrontiert sind, und fordert, dass die Zugangsbedingungen für eine Finanzierung durch die EIB an die Gegebenheiten der KMU in den einzelnen Mitgliedstaaten angepasst werden; hebt zudem hervor, wie wichtig es ist, Synergien und Komplementaritäten zwischen den bestehenden Finanzierungslösungen sicherzustellen, und betont, dass die Verfahren vereinfacht und der Verwaltungsaufwand und die Kosten für die Empfänger verringert werden müssen;
6. hebt hervor, dass die Ziele der KMU-Strategie der EU im Einklang mit ihrem tatsächlichen Anteil innerhalb der Volkswirtschaften und ihren strukturellen Schwächen sowie mit angemessenen Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen stehen sollten; betont, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit in einer Kreislaufwirtschaft und die im europäischen Grünen Deal und dem Übereinkommen von Paris festgelegten Ziele zu sichern; fordert, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für KMU sichergestellt werden, insbesondere im Verhältnis zu großen Unternehmen mit einer bedeutenden Marktposition, wobei ferner die Verhandlungsmacht großer Unternehmen als Lieferanten und/oder Kunden von KMU zu berücksichtigen ist;

7. fordert, dass Anreize für Finanzinstitute, darunter öffentliche und private Banken, geschaffen werden und die Fähigkeit öffentlicher Behörden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie auf EU-Ebene zur Unterstützung von KMU gestärkt wird; ist der Ansicht, dass diese öffentlichen Stellen, insbesondere für Kleinunternehmen, zur Gestaltung und Umsetzung von Schulungsprogrammen für Führungskräfte und Mitarbeiter im Bereich des organisatorischen, technologischen und kaufmännischen Managements beitragen sollten; fordert, dass eine gute Vertretung von KMU im Rahmen der öffentlichen Konsultation sichergestellt wird, damit ihre Standpunkte in den Folgenabschätzungen ordnungsgemäß und angemessen erfasst, analysiert und dargestellt werden; fordert, dass die Wirksamkeit der Instrumente, mit denen KMU im Umgang mit ungerechten oder diskriminierenden Regelungen und Entscheidungen unterstützt werden sollen, verbessert wird und KMU stärker für die Verfügbarkeit solcher Problemlösungsmechanismen sensibilisiert werden; weist darauf hin, dass insbesondere eine erheblich stärkere Sensibilisierung erforderlich ist, da Umfragen in einigen EU-Ländern zeigen, dass lediglich 15 % der Unternehmen SOLVIT kennen und sich weitaus weniger dazu entschieden haben, davon Gebrauch zu machen;
8. stellt fest, dass sogenannte digitale Plattformen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene reguliert werden; betont, dass unlauterem Wettbewerb vorgebeugt und die Rechtssicherheit für Unternehmen und Kunden sowie die Achtung der Arbeitnehmerrechte und der Sicherheit der Nutzer sichergestellt werden müssen; begrüßt die öffentliche Konsultation, die von der Kommission zu dem Gesetz über digitale Dienste eingeleitet wurde; sieht der Veröffentlichung der laufenden Studie der Kommission zu den Auswirkungen von Kurzzeitvermietungen erwartungsvoll entgegen; hebt hervor, dass es besonderer Maßnahmen bedarf, um die öffentlichen Verkehrsdienste (z. B. die Taxi- und Busbranche) zu modernisieren und zu einer intelligenten und nachhaltigen städtischen Mobilität überzugehen;
9. ist der Ansicht, dass die Nutzung von Daten in der Verkehrsbranche eine maßgebliche Rolle spielen wird, indem der Austausch von Daten erleichtert, die Datenqualität verbessert und die Interoperabilität von Daten begünstigt wird, wodurch Innovation in dem Bereich gefördert und ihre Wettbewerbsfähigkeit weltweit gestärkt wird; fordert eine angemessene Finanzierung, um den Investitionsbedarf von KMU in dieser Hinsicht zu decken;
10. verweist auf das Potenzial von Digitalisierung und Online-Plattformen, um bessere und attraktivere Möglichkeiten für Frauen zu schaffen; fordert einen Aktionsplan, um das volle Potenzial der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen auszuschöpfen und die Beschäftigung von Frauen in KMU in den Bereichen Tourismus und Verkehr zu fördern;
11. hebt die Bemühungen bestimmter europäischer Städte hervor, mit den negativen Auswirkungen der Kurzzeitvermietung auf das Recht auf Wohnraum umzugehen, und sieht den Ergebnissen der aktuellen Studie entgegen, die von der Europäischen Kommission in der Hoffnung durchgeführt wird, die Geschäftstätigkeit mit dem öffentlichen Interesse, insbesondere im Fall von KMU, in Einklang zu bringen.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	12.10.2020
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                 47 -:                 0 0:                 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Andris Ameriks, José Ramón Bauzá Díaz, Izaskun Bilbao Barandica, Marco Campomenosi, Ciarán Cuffe, Jakop G. Dalunde, Johan Danielsson, Andor Deli, Karima Delli, Anna Deparnay-Grunenberg, Ismail Ertug, Gheorghe Falcă, Giuseppe Ferrandino, Mario Furore, Søren Gade, Isabel García Muñoz, Elsi Katainen, Kateřina Konečná, Elena Kountoura, Julie Lechanteux, Bogusław Liberadzki, Benoît Lutgen, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Marian-Jean Marinescu, Tilly Metz, Giuseppe Milazzo, Cláudia Monteiro de Aguiar, Caroline Nagtegaal, Jan-Christoph Oetjen, Philippe Olivier, Rovana Plumb, Dominique Riquet, Dorien Rookmaker, Massimiliano Salini, Barbara Thaler, István Ujhelyi, Petar Vitanov, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Lucia Vuolo, Roberts Zīle
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Angel Dzhambazki, Markus Ferber, Tomasz Frankowski, Roman Haider, Anne-Sophie Pelletier, Markus Pieper, Marianne Vind

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>47</b>	<b>+</b>
PPE	Andor Deli, Gheorghe Falcă, Markus Ferber, Tomasz Frankowski, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Benoît Lutgen, Marian-Jean Marinescu, Giuseppe Milazzo, Cláudia Monteiro de Aguiar, Markus Pieper, Massimiliano Salini, Barbara Thaler, Elissavet Vozemberg-Vrionidi
S&D	Andris Ameriks, Johan Danielsson, Ismail Ertug, Giuseppe Ferrandino, Isabel García Muñoz, Bogusław Liberadzki, Rovana Plumb, István Ujhelyi, Marianne Vind, Petar Vitanov
Renew	José Ramón Bauzá Díaz, Izaskun Bilbao Barandica, Søren Gade, Elsi Katainen, Caroline Nagtegaal, Jan-Christoph Oetjen, Dominique Riquet
ECR	Angel Dzhambazki, Roberts Zile
Verts/ALE	Ciarán Cuffe, Jakop G. Dalunde, Karima Delli, Anna Deparnay-Grunenberg, Tilly Metz
GUE/NGL	Kateřina Konečná, Elena Kountoura, Anne-Sophie Pelletier
ID	Marco Campomenosi, Roman Haider, Julie Lechanteux, Philippe Olivier, Lucia Vuolo
NI	Mario Furore, Dorien Rookmaker

<b>0</b>	<b>-</b>

<b>0</b>	<b>0</b>

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung